



ZUSAMMEN SIND WIR STÄRKER

Aus Bremen-Nord

Die Jusos Bremen-Nord haben bei ihrer Jahreshauptversammlung am 28. Februar einen neuen Vorstand gewählt.

Eine seiner Hauptaufgaben für das kommende Jahr sieht der Unterbezirk im Kampf gegen Rechts.

(Seite 4)

Aus Bremen-Stadt

Auch der Unterbezirk Bremen-Stadt hat bei seiner Jahreshauptversammlung einen neuen Vorstand gewählt und ein Arbeitsprogramm beschlossen.

Außerdem wurde auf der letzten Mitgliederversammlung vor der JHV mit Staatsrätin Eva Quante-Brandt über das Thema Integration in Bremen diskutiert.

(Seite 6)

AStA für Alle

Der AStA der Uni-Bremen ist dem freien Zusammenschluss von StudentInnenschaften fzs beigetreten.

(Seite 7)

Erfolgreiche Tarifverhandlungen bei der ABIG

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – eine Forderung, die vermutlich schon so alt ist wie die Gewerkschaftsbewegung selbst, und doch...

Und doch ist es im Land Bremen anscheinend nicht selbstverständlich!

„Gut“, werden jetzt Einige sagen, „schwarze Schafe gibt es bedauerlicherweise in jeder Branche!“ Das mag sein, aber dass das Land Bremen selber zu den schwarzen Schafen gehört, erscheint mir im Kontext, dass Bremen doch seit Beginn der Bundesrepublik von Sozialdemokraten regiert wird, als irritierend.

Doch erst einmal zu den Fakten: Das Land Bremen hat zwei Ausbildungsbetriebe, in der es junge und ältere Leute in den unterschiedlichsten Berufen ausbildet: Das AFZ (Arbeitsförderungs-Zentrum im Lande Bremen GmbH) und die ABIG (Ausbildungsgesellschaft Bremen mbH). Die Auszubildenden des AFZ erhalten im ersten Lehrjahr 714,13 Euro, 95 % eines Monatsgehalts als Sonderzah-

lung und 400 Euro Abschlussprämie. Die Azubis der ABIG bekommen 550 Euro – von Sonderzahlungen und Abschlussprämien keine Spur!

Als langjähriges Mitglied der IG BAU und der Jusos war es für mich selbstverständlich, bei den Kollegen der ver.di meine Unterstützung anzubieten. Und so saß ich am 2. Februar mit einigen Azubis der ABIG und der AFZ sowie zwei Kollegen der ver.di (Ulrike Schilling und Sascha Groeters) im Büro der Senatorin für Finanzen, Karoline Linnert. Nicht nur das Büro heizte sich an diesem kalten Februartag auf, auch das Gespräch tat es nach und nach, denn die Begründung warum die Azubis der ABIG weniger bekommen als die der AFZ, war schwer zu schlucken. Laut Senatorin Linnert werden die Azubis der AFZ immerhin als Teilbedarf ausgebildet, das heißt, es könnte auf dem Arbeitsmarkt einen Bedarf für diese Azubis geben.

Weiter auf Seite 2.

Inhaltsübersicht

- **Leitartikel:** Erfolgreiche Tarifverhandlungen bei der ABIG
Seite 1
- **Dresden Nazifrei 2012:** Bericht von der Demo
Seite 3
- **Umweltzonen:** Wie wollen sich die Bremer Jusos positionieren?
Seite 3
- **Juso-Arbeitskreis KiTa:** Vorstellung der Arbeitsgruppe und ihrer Ziele
Seite 4
- **Demoratgeber:** Ärger mit der Polizei bei Demos?
Seite 4
- **UB Bremen-Nord:** Bericht von der Jahreshauptversammlung
Seite 5
- **Impressum**
Seite 5
- **UB Bremen-Stadt:** Bericht von der Jahreshauptversammlung
Seite 6
- **UB Bremen-Stadt:** Mitgliederversammlung zum Thema Integration in Bremen
Seite 6
- **AStA für Alle Uni Bremen:** Beitritt zum fzs
Seite 7
- **Kommentar** zum Comic „Links und rechts und diagonal“ in der Märzausgabe des Vorwärts
Seite 7
- **Termine und Kontakte**
Seite 8

... Fortsetzung von Seite 1.

Bei den Azubis der ABIG gäbe es **keinen** Bedarf. Böse Zungen könnten jetzt behaupten, dass die Senatorin meinte, dass die Azubis der ABIG froh sein sollten, dass sie überhaupt ausgebildet werden, ja überhaupt Geld bekämen...

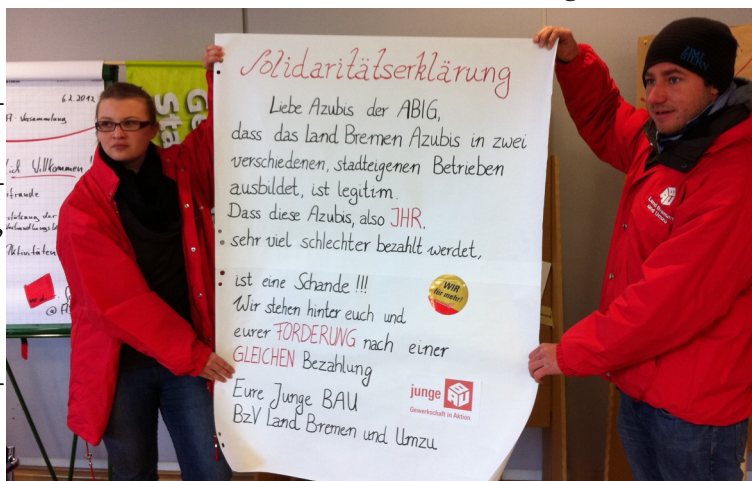
Dass viele der ABIG-Azubis dennoch aufstocken müssen, z. B. durch die Beziehung von Wohngeld, ist erst einmal irrelevant – es ist ja ein anderes Ressort, ein anderer Topf, der damit belastet wird. Wenn die Azubis mehr Geld haben wollten, hätten sie sich auf dem freien Ausbildungsmarkt eine Lehrstelle ergattern müssen, so teilte die Senatorin mit. Dass im Koalitionsvertrag der Bremer Koalition aus Grünen und SPD steht, dass an der Jugend und deren Ausbildung nicht gespart werden soll, schien das Papier nicht wert, auf dem es geschrieben war.

Zurück im Besprechungsraum der ver.di wurde Bilanz gezogen und es war deutlich: Die Azubis wollten sich nicht die Butter vom Brot nehmen lassen und am Montag wollten sie in einer kleinen Demonstration vor dem Haus, in dem die Tarifverhandlung stattfand, demonstrieren. Mit diesen Ergebnissen und Erkenntnissen ging ich zur Juso-MV und berichtete dort von den Ereignissen. Schnell war klar – Solidarität darf keine Phrase sein. So setzte der Jugendvorstand der IG BAU auch im Namen der Jusos, der IG Metall-Jugend und der Jungen GEW einen offenen Brief auf, in der wir die Missstände an-

prangerten und forderten, diese Ungerechtigkeit zu beenden und mit gutem Beispiel voran zu gehen.

Mit Erfolg! Ungewöhnlich früh, bereits am ersten Verhandlungstag, wurde ein gutes Ergebnis erzielt! Zwar gibt es immer noch keinen gleichen Lohn für gleiche Arbeit, doch weit mehr als der Inflationsausgleich, den Senatorin Linnert bereit war zu geben, wurde erstritten:

- 40 Euro mehr im Monat für alle rückwirkend ab Januar 2012
- 25 Euro mehr im Monat für alle ab 2013
- 300 Euro mehr Jahressonderzahlung ab 2012
- 13,29 Euro mehr vermögenswirksame Leistungen im Monat.



Wenn es nun auch kein hundertprozentiges Happy-End gibt, so doch zumindest eine Erkenntnis: Die Vertreterin der ABIG-Azubis, Laura Fiedler, bedankte sich bei uns Gewerkschaftern und Jusos für die Hilfe und tatkräftige Unterstützung. Ohne diese Unterstützung im Rücken, so sagte sie, wären die Verhandlungen schwieriger gewesen. Das zeigt, dass gerade eine Vernetzung der (politischen) Jugendorganisationen uns wesentlich mehr Schlagkraft verleihen kann, denn: **Zusammen sind wir stärker als allein!** ● (nf)

Block Dresden 2012 war ein voller Erfolg. Wir haben was zu feiern!

In Dresden fand in den letzten Jahren der größte Naziaufmarsch Europas statt. Zum Anlass nahmen die Nationalsozialisten die Bombardierung Dresdens vom 13. bis 15. Februar 1945 durch die Alliierten. Mit einem sogenannten „Gedenkmarsch“ haben sie Jahre lang den deutschen Opfern dieses Fliegerangriffs „gedacht“ und ignorieren, dass Nazi-Deutschland diesen Krieg angefangen hat und welche Gräueltaten die Nazis Jahre lang begangen haben. Zu Höchstzeiten nahmen ca. 7000 Nazis an dem Aufmarsch in Dresden teil und konnten in der Öffentlichkeit Geschichtsrevisionismus betreiben und faschistisches Gedankengut verbreiten.

Seit 2009 versuchen AntifaschistInnen den Naziaufmarsch

DRESDEN **NAZIFREI 2012**

zu verhindern. Nachdem es im letzten Jahr gelungen war, den Aufmarsch zu blockieren, gelang dieses Jahr ein Sieg auf ganzer Linie!

Aufgrund der zu Tausenden erwarteten BlockiererInnen haben die Nazis dieses Jahr ihren Gedenkmarsch gar nicht erst angemeldet! Das ist ein riesen-großer Erfolg, den wir einem breiten antifaschistischen Bündnis und tausenden AntifaschistInnen, die in den letzten Jahren diesen Aufmarsch gestört und blockiert haben, verdanken.

Dieses Jahr versammelten sich aber trotzdem ca. 7000 DemonstrantInnen, um gegen Faschismus und „sächsische Verhältnisse“ auf die Straße zu gehen. Als „sächsische Verhältnisse“ werden Re-

pressionen, Behördenwillkür und Überwachung durch Funkzellen-abfragung bezeichnet.

Bei der diesjährigen Demonstration wurden Schilder mit den Namen von vielen Todesopfern rechtsextremer Gewalt getragen und somit auf die Bedrohung durch rechtsextremen Terror aufmerksam gemacht.

Wir als BremerInnen waren leider nicht sehr zahlreich vertreten (nur zwei Jusos nahmen an der Fahrt teil) und auch die Niedersachsen schwächelten etwas. Das zeigt, dass man oftmals nur bei sichtbarer Bedrohung aktiv wird. Aber um effektiv gegen Faschismus und Rechtsradikalismus vorzugehen, muss man dauerhaft präventiv und aufklärend arbeiten. ● (kv)

Anfang 2011 wurde die Bremer Umweltzone scharfgestellt. Nur noch Fahrzeuge mit grüner Plakette kommen seitdem bußgeldfrei in die Innenstadt. Die Debatte um Sinn bzw. Unsinn dieses Instruments wird dabei mit beständiger Regelmäßigkeit geführt. Neue Erkenntnisse zur Effektivität von Umweltzonen für den Gesundheitsschutz lassen die kritische Haltung der Bremer SPD unverständlich erscheinen. Eine Positionierung der Bremer Jusos steht indes noch aus.

Die Gefahr durch Feinstaub wurde lange Zeit unterschätzt. Heute weiß man dank zahlreicher Studien: Feinstaub macht krank und schädigt nicht nur die Atemwege, sondern auch das Gehirn, das Herz und die Gefäße. Das Schlaganfallrisiko steigt um

DAUERBRENNER **UMWELTZONE**

34 Prozent und insbesondere bei Frauen setzt Gedächtnisverlust früher ein.

Geraume Zeit war der Nutzen von Umweltzonen im Kampf gegen Feinstaub unklar. Anfang Februar wurde publik, dass die Grenzwerte für Feinstaub in vielen der 50 Städte mit entsprechenden Zonen – darunter Bremen – nach wie vor überschritten wurden. Kritiker fühlen sich bestätigt und fordern die Abschaffung der Umweltzonen. Doch das Umweltbundesamt differenziert: Während der Partikelaustritt aus Heizungsanlagen und Kraftwerken zunahm, ist die Belastung durch die besonders gefährlichen Rußpartikel aus

Dieselaautos teils deutlich zurückgegangen – ein Beleg für die Effektivität von Umweltzonen.

Ähnlich wie viele andere Stadt- und Landesverbände haben sich auch die Bremer Jusos nicht zur hiesigen Umweltzone positioniert. Bundesweit ist noch keine klare Tendenz absehbar. Wo sich Jusos mit dem Thema beschäftigen, positionieren sie sich sehr unterschiedlich, wobei neben bedingungsloser Zustimmung (Trier, München, HH-Eimsbüttel) und Ablehnung (Bonn, Wandsbek, Berlin, Hamburg) auch differenziert argumentiert wird (Dortmund, Gelsenkirchen). ● (sv)

Die desolante Kinderbetreuungssituation in Bremen ist seit langem politischer und medialer Dauerbrenner. Mit dem nahenden Rechtsanspruch auf einen U3-Platz im Jahr 2013 und der kürzlichen Vorstellung des Senatskonzepts zum Ausbau der Kindertagesbetreuung hat die Debatte einen neuen Höhepunkt erreicht. Nach einer sozialdemokratischen Vision für ein familienfreundlicheres Land Bremen sucht man bislang allerdings vergeblich.

Der Monat März ist für viele Bremer Eltern Jahr für Jahr ein Schicksalsmonat: Zunächst werden die Zusagen - etwas später dann die Absagen - für die im Januar beantragten Krippen- und Kindergartenplätze verschickt. Eine deutliche Mehrheit der

FAMILIENLAND BREMEN!?

Kleinkinder wird dabei (wieder einmal) leer ausgehen. Die unscheinbaren Absagebriefe begraben nicht selten ganze Lebensentwürfe unter sich. Die Forderung nach einem Ausbau der Kindertagesbetreuung gehört dabei zum sozialdemokratischen Standardrepertoire. Doch ist es mit einem bloßen Mehr an Betreuungsplätzen nicht getan. Die Materie ist deutlich komplexer und bietet geraumes Potential für die Durchsetzung sozialdemokratischer Ideale.

Eine Arbeitsgruppe der Jusos Bremen-Stadt beschäftigt sich seit Mitte Februar mit der Thematik und verfolgt dabei ver-

schiedene Ziele. Wie sollte sozialdemokratische KiTa-Politik für Bremen aussehen? Und zur Umsetzung welcher sozialdemokratischen Werte kann sie beitragen? Die Juso-Arbeitsgruppe wird hierzu bis voraussichtlich Mitte März ein Diskussionspapier erarbeiten und auf einer Mitgliederversammlung allen Interessierten vorstellen. Schließlich sollen die kitapolitischen Ideen und Forderungen der Jusos in den neuen Arbeitskreis KiTa des SPD-Unterbezirks Stadt bzw. den SPD-Sozialausschuss auf Landesebene eingebracht werden. ● (sv)

Vermutlich jeder von euch war in seiner Juso-Zeit schon einmal Teil einer Demonstration.

Anders als vielleicht am 1. Mai kann es auf Demonstrationen gegen Nazis teilweise etwas hitziger zugehen. Auch die Polizeibeamten sind bei letztgenannten Demos sehr viel angespannter und daher auch häufig aggressiver. Steht man dann zur falschen Zeit am falschen Ort ist man schnell Opfer einer präventiven Festnahme. Dies ist an sich nichts schlimmes, allerdings gibt es einige Dinge, die man beim Umgang mit der Polizei beachten sollte.

Erstens seid ihr immer dazu verpflichtet eure Personalien abzugeben. Daher ist es immer sinnvoll einen Ausweis bei der Demo dabeizuhaben, da man sonst einen Grund liefert mit aufs Revier genommen zu werden, was sehr zeitaufwendig ist. Hier endet

ÄRGER MIT DER POLIZEI BEI DEMOS... WAS TUN?

aber bereits der Teil zu dem ihr verpflichtet seid, bzw. was von der Polizei unbegründet durchgezogen werden kann. Selbst für eine Leibesvisitation müssen die Beamten einen Grund liefern. Weibliche Personen dürfen darüber hinaus ausschließlich von weiblichen Beamten durchsucht werden.

Solltet ihr aus welchen Gründen auch immer mit aufs Revier genommen und/oder verhört werden, ist es immer zu empfehlen zu schweigen. Ihr seid wie bereits beschrieben verpflichtet die Personalien herauszugeben aber mehr nicht! Alles was ihr während eines Verhörs sagt, kann in keinem Falle zu eurem Vorteil verwendet werden, sehr wohl aber zu eurem Nachteil. Lasst euch dabei nie von Äußerungen der

Polizei provozieren und zu irgendwelchen Äußerungen hinreißen. Auch solltet ihr nie etwas unterschreiben und wenn doch, dann nur nach ganz genauer Prüfung, was ihr da unterschreibt. Erfahrungsgemäß ist das Problem danach für euch erledigt, es kann jedoch sein, dass ihr als Zeuge oder Beschuldigter (z. B. bei Landfriedensbrüchen oder ähnlichen Delikten) nochmal vorgeladen werdet. Anders als man glauben mag, seid ihr auch hier **nicht** verpflichtet, der Vorladung nachzukommen, wenn sie von der Polizei kommt. Dies gilt nur bei Vorladungen seitens der Staatsanwaltschaft. Ich kann euch dabei natürlich nur empfehlen der Vorladung nachzukommen, denn erfahrungsgemäß werden einem

dabei Fragen gestellt, deren Beantwortung entweder für euch oder für andere negative Folgen haben können. Darüber gibt es kein Gesetz, was das denunzieren anderer Personen vorschreibt. Daher am besten immer solchen Vorladungen fernbleiben.

Kurz zusammengefasst heißt das: Im Falle einer Ingewahrsamnahme nur die Personalien herausgeben und dann schweigen,

am besten nichts unterschreiben und Polizeivorladungen nicht nachkommen. Erfahrungsgemäß werden die „Ermittlungen“ bei Verdacht auf Landesfriedensbruch und ähnlichen „kleinen“ Delikten danach eingestellt, weil es davon einfach im Laufe einer Demo viel zu viele gibt, die zu dem niemanden nachgewiesen werden können.

Abschließend möchte ich be-

vor Irritationen anfallen betonen, dass dieser Artikel rein auf eure Rechte aufmerksam machen soll und kein Aufruf zur Begehung von Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten ist. Die Erfahrung zeigt einfach nur, dass man im Rahmen von Demonstrationen wie z.B. in Dresden sehr schnell in sowas hineingezogen werden kann, nur weil man zur falschen Zeit am falschen Ort war. ● (rb)

Am 29. Februar wählten wir Jusos in Bremen Nord einen neuen Vorstand. Erfreulicherweise gibt es zwei neue motivierte Mitglieder, zudem konnten wir nach etlichen Jahren endlich wieder die Frauenquote einhalten.

Vorsitzender des Unterbezirks bleibt weiterhin Raik Borsdorf. Stellvertretende Vorsitzende sind Lars Harms Ensink und als neues Vorstandsmitglied Nathalie Schmidt, die bereits vorher bei uns aktiv war. Zudem entschieden wir uns wie bereits in den vergangenen Jahren 2 BeitzerInnen zu wählen. Zur Wahl standen dafür letztlich Jascha Noatzke und Svenja Schiwiek, die beide gewählt wurden. Als „Ersatz“ für Lars Matthias Rebenstorff, der altersbedingt aus dem Juso-Landesvorstand ausscheidet, wurde Raik nominiert.

Zentrale Punkte der Juso-Arbeit in Bremen Nord sind der Kampf gegen Rechts im Unterbezirk und darüber hinaus. Dies geht bereits im Beiratsgebiet Blumenthal los, in dem seit letztem Mai ein Mitglied der NPD vertreten ist. Zudem gibt es im Bereich Farge eine zwar recht kleine, aber umso aktivere Gruppe von FaschistInnen, die sich vor einiger Zeit rund um die TSG

UNTERBEZIRK BREMEN-NORD

Bericht von der Jahreshauptversammlung

Farge Rekum (Fußball) gruppiert hat. Trotz einiger Übergriffe von Personen aus diesem Umkreis, passierte bisher recht wenig, um diese Kriminellen aus dem Verkehr zu ziehen. Auch seitens der Politik (auch im UB) passierte bisher sehr wenig, zum Teil herrscht darüber hinaus auch noch teilweise Unwissenheit über besagten Personenkreis. Dies zu ändern ist eine unserer wichtigsten Aufgaben.

Des Weiteren wird es in der kommenden Zeit natürlich äußerst wichtig sein, die Bremer Politik (kritisch) zu begleiten um Einsparungen in sozialen-, wie auch in Bildungsbereichen zu verhindern. Dies kann natürlich auch in Zusammenarbeit mit den anderen Unterbezirken geschehen.

Daneben wollen wir durch eigene und auch mit dem SPD UB-Vorstand organisierte Seminare und Info Veranstaltungen wieder für mehr Attraktivität und Bewegung im UB sorgen. Erste Planungen diesbezüglich wurden bereits gemacht. Daneben wur-

den auf der Jahreshauptversammlung weitere Projekte in verschiedenen Umfängen beschlossen, die den Umfang des Artikels jedoch sprengen würden. Darüber wird aber selbstverständlich auf unserer Homepage berichtet, welche in nächster Zeit wieder regelmäßiger mit Leben gefüllt werden soll. ● (rb)

Impressum

Herausgeberin:

Jusos in der SPD –
Landesorganisation Bremen
Oberstr. 39-43, 29195 Bremen
www.jusos-bremen.de

V.i.S.d.P.: Sarah Ryglewski

Autoren: Raik Borsdorf, Jan Cloppenburg, Natascha Fischer, André Großardt, Janne Herzog, Kerstin Vennemeyer, Sebastian Vogt

Bildnachweis: janhamlet / flickr (Titel), Block Dresden, Uwe Kaminski / flickr (S. 3)

Redaktion und Layout: Martin Weinrich, Philip Warncke, André Großardt, Jan Cloppenburg.
Ihr erreicht die Redaktion via morgenrot@bremer-jusos.de

Für das Jahr 2012 haben sich die Jusos Bremen-Stadt viel vorgenommen.

Das 20 Seiten umfassende Arbeitsprogramm, das sich die mit 42 Teilnehmern – darunter drei Gästen – gut besuchte diesjährige Jahreshauptversammlung gab, deckt von Bildung über Inneres, Soziale Stadtentwicklung, Umwelt, Jugendbeteiligung, Finanzpolitik, Gleichstellung, Laizismus und Arbeitsmarkt bis hin zu Gesundheit einen breiten Themenbereich ab, mit dem sich die Jusos in den nächsten zwölf Monaten inhaltlich auseinandersetzen wollen.

In einer regen Diskussion wurden auch während der Versammlung noch Präzisierungen und Ergänzungen zu dem Programm eingebracht, das zuvor in einem allen Mitgliedern offenen Prozess online ausgearbeitet worden war. So wurde beim Thema Gleichstellung noch einmal die Forderung nach einer diskriminierungsfreien Gesellschaft hervorgehoben, die Menschen ohne Ansehen ihrer sexuellen Orientierung selbstbestimmt leben lässt, und bei der Arbeitsmarktpolitik wurde die Rolle von Werkverträgen als Mittel prekärer Beschäftigung thematisiert, das einer Vertiefung in einer der diesjährigen Mitgliederversammlungen bedarf.

Als neue Vorsitzende des Juso-Unterbezirks wurde Lena Weber gewählt. Sie übernimmt dieses Amt von Falk Wagner, der sich neuen Aufgaben zuwenden möchte, und von den Jusos Bremen-Stadt für den Landesvorsitz der Jusos Bremen nominiert wurde.

Neu in den Vorstand gewählt wurden weiterhin André Großardt und Ali-Aygün Kilincsoy als stellvertretende Vorsitzende sowie die BeisitzerInnen Jan Cloppen- burg, Ramona Hoppe, David It-

UNTERBEZIRK BREMEN-STADT

Auftakt für ein arbeitsreiches Jahr – Bericht von der Jahreshauptversammlung

tekkot, Pia Liepe, Alexander Schellinger und Hauke van Almelo. Wiedergewählt wurde Sherin Wanning, die bereits dem vorherigen Vorstand angehörte.

Neben Falk Wagner wurden zudem Kerstin Vennemeyer als stellvertretende Landesvorsitzende sowie Natascha Fischer, Janne Herzog, Nesrin Nasser und Stefan Weger als BeisitzerInnen für den Landesvorstand nominiert.

Im Vorstand des SPD-Unterbezirks soll weiterhin Steffen Niehaus die Jusos vertreten, der hierfür einen Nominierung der Jahreshauptversammlung erhielt. Als Delegierte für den Unterbezirksparteitag der SPD Bremen-Stadt wurden Natascha Fischer, André Großardt, Ali-Aygün Kilincsoy, Kerstin Vennemeyer, Lena Weber und Stefan Weger gewählt. ● (ag)

Chancengleichheit in einer vielfältigen Stadt

Das Zusammenleben in unserer Stadt ist von einer interkulturellen Gesellschaft geprägt, sie wird immer heterogener und bunter. Um Chancengleichheit für alle zu schaffen, aber auch um Rassismus und Diskriminierung zu vermeiden, muss diese gesellschaftliche Vielfalt politisch berücksichtigt werden.

Hier wollen wir Jusos Bremen-Stadt ansetzen und luden zur Mitgliederversammlung Anfang Februar Eva Quante-Brandt (SPD), Staatsrätin für Integration, ein. Sie berichtete uns über die aktuelle Integrationspolitik des Landes Bremen: „Integrationspolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die sich durch sämtliche Politikfelder zieht.“ Nach der letzten Bürger-schaftswahl im Mai 2011 habe die bremische Integrationspolitik mehr Gewicht bekommen und ist nun direkt bei der Senatskanzlei, also im Zentrum der Landesregierung, angesiedelt.

Der politische Ansatz orien-

tiert sich an den Leitgedanken der gleichberechtigten Teilhabe, interkultureller Öffnung und dem Leben in Vielfalt unter Berücksichtigung der Chancengleichheit aller – gerade in der Bildung und auf dem Arbeitsmarkt. Es gelte darüber hinaus, dass Rassismus und Diskriminierung in unserer Gesellschaft keinen Platz haben und Ausgrenzung verhindert werden müsse.

Für eine erfolgreiche Integration spielt Sprache eine wichtige Rolle, denn sie ermöglicht erst die gesellschaftliche Teilhabe. „Dabei dürfen wir die Mehrsprachigkeit – also die Herkunftssprache – nicht außen vorlassen, denn sie bietet zum einen Chancen beim Spracherwerb, aber auch Chancen im Bildungsbereich und Arbeitsmarkt“, so Eva Quante-Brandt. An den Schulen und der Universität werde diese Mehrsprachigkeit durch gezielte Angebote bereits gefördert.

All diese Ziele und Maßnahmen zur Integrationspolitik wür-

den in einem eigenen „Entwicklungsplan“ gebündelt und koordiniert aufeinander abgestimmt.

Uns Jusos wurde in der Diskussion deutlich, dass Integrationspolitik ein sehr weitreichendes Feld ist, das nahezu in jedem Politikbereich Eingang findet – von der (frühkindlichen) Bildung

über die Beteiligung und das Zusammenleben in den Stadtteilen bis hin zu einer demografiegerechten Sozialpolitik. Das macht diesen Politikbereich auch sehr komplex. Die Vorstellung der bremischen Integrationspolitik gab uns daher einen ersten Eindruck als Ausgangspunkt für eine

integrations- und migrationspolitische Positionierung der Jusos Bremen-Stadt, die wir uns weiter erarbeiten wollen. Es gilt, in diesem Bereich sprachfähig zu werden, um zukünftig unsere Forderungen und Ideen weiter in den (partei-)politischen Diskurs einbringen zu können. ● (jh)

Der AStA der Uni Bremen ist dem fzs beigetreten. Hurra! Aber was ist eigentlich der fzs, warum ist das wichtig und was wollen wir da?

Der freie Zusammenschluss von StudentInnenschaften (fzs) ist – laut Selbstbeschreibung – der überparteiliche Dachverband von Studierendenvertretungen in Deutschland und vertritt mit rund 80 Mitgliedshochschulen rund eine Million Studierende in Deutschland. Er ist die einzige bundesweite Organisation, die gezielt studentische Interessen gegenüber der Politik, den Medien und allen anderen vertritt. Zwar ist Bildungspolitik hauptsächlich Ländersache, aber der Bund spielt auch eine gewichtige Rolle, zum Beispiel sind das neue „Deutschland-Stipendium“ und das BAföG Bundesangelegenheiten.

Der fzs steht aber auch in der Kritik. Dazu zählen zum Beispiel die Punkte, dass einseitige Interessen vertreten würden, dass die Strukturen nicht basisdemokratisch und transparent genug seien und dass die Mitgliedschaft zu teuer sei. Konservative Hochschulgruppen halten den fzs für zu links, linksradikale für zu rechts. Wir aber erachten es als notwendig, dass die Interessen von Studierenden auf allen Ebenen vertreten werden – an der einzelnen Hochschule, auf Länderebene und Bundesebene. Der fzs

ASTA FÜR ALLE UNI BREMEN

macht bereits gute Arbeit, von der auch wir profitieren, die wir aber bislang von den Studierendenvertretungen anderer Hochschulen bezahlen lassen. Wir haben uns bereits mit anderen Studis im Nordwesten vernetzt und wollen im fsz aktiv für unsere Interessen eintreten. Deshalb

sind acht von uns an diesem Wochenende nach Berlin zur Mitgliederversammlung gefahren. Dort treten wir nicht nur offiziell bei, sondern diskutieren auch engagiert über Anträge und schauen, wo wir mitarbeiten können, damit am Ende für alle mehr dabei herunkommt. ● (jc)

Entschuldigung bitte!

ein Kommentar von Falk Wagner zum „seitwärts“-Comic im Vorwärts 3/12

Lieber Vorwärts, in eurer letzten Ausgabe habt ihr ein Comic veröffentlicht, in dem ein Jugendlicher, der sich für kritische Politikberichterstattung engagiert, über die Wichtigtuerei zweier gleichermaßen lächerlich wirkender Gestalten seufzt: einem Sozialisten und einem Nationalsozialisten. Nach heftiger Kritik hat der Chefredakteur Uwe Knüpfer eine Stellungnahme auf eurer Homepage veröffentlicht: Satire sei eben polemisch, ist sinngemäß seine Meinung. Und Demokraten sollten sich hüten, nach „Verboten“ zu schreien. Mich würde interessieren: Wer hat eigentlich etwas von „Verboten“ gesagt? Es stimmt nämlich völlig: Demokraten sollten nicht nach Verboten schreien. Aber die Rede war von „Konsequenzen“. Und eine Konsequenz ist, sein Handeln durch Dazulernen zu verändern. Dazulernen – darf ich das jetzt von meiner eigenen Mitgliederzeitung nicht mehr fordern? Eine Zeitung, die meine Partei herausgibt, die für mich gedruckt und von meinen Beiträgen bezahlt wird? Bin ich dann ein Anti-Demokrat? Ist das euer Ernst? Dazulernen gäbe es jedenfalls etwas. Jusos und Falken fühlen sich durch den Comic völlig zurecht beleidigt. Das sind viele gewohnt. Auch Gleichsetzungen mit den widerlichen faschistischen Menschenfeinden sind erschreckender Weise gelegentlich dabei. Aber von der eigenen Partei – das ist zu viel. Sicherlich gibt es in einer Zeitung oft verschiedene Meinungen. Meines Erachtens bietet der Vorwärts davon sogar viel zu wenig. Und bekanntermaßen darf Satire alles. Bloß: wäre der Comic in der „Titanic“ erschienen, hätte ich mich nicht beleidigt gefühlt. Ich hätte ihn schlicht platt und inhaltsarm gefunden und die Zeitschrift abbestellt. Meine Partei aber möchte ich nicht abbestellen. Ich möchte in ihr und mit ihr für den demokratischen Sozialismus kämpfen. Sie sollte meine Überzeugung, ihre eigene Überzeugung, mit Inbrunst vertreten. Wenn stattdessen mit meinen Beiträgen die Beleidigung dieser Grundwerte finanziert wird, dann reicht es. Dann fordere ich Konsequenzen. Die Konsequenz, die allen Jusos und Falken am meisten bedeuten würde, wäre so einfach: Eine Entschuldigung.

Termine

- 15. März 2012**
Mitgliederversammlung UB
Bremen-Stadt, **19 Uhr** im
Bandonion, Gertrudenstr. 37
- 17. März 2012**
Parteitag UB Bremen-Stadt
mit Vorstandswahlen, **10 Uhr**
- 22. März 2012**
Listentreffen von AStA für
Alle, Uni Bremen, **20 Uhr** in
der Schlachthofkneipe
- 23. bis 25. März 2012**
SchülerInnen: Seminarwo-
chenende
- 29. März 2012**
Mitgliederversammlung UB
Bremen-Stadt, **19 Uhr**,
voraussichtlich im Bandonion,
Thema: Nahost-Konflikt
- 21. April 2012**
Landesmitgliederversamm-
lung der Jusos Bremen mit
Vorstandswahlen
- 12. Mai 2012**
Landesparteitag des SPD
Bremen mit Vorstandswahlen,
10 Uhr im Hotel Strandlust,
Vegesack

Kontakt Daten**Landesorganisation**

www.jusos-bremen.de
Sarah Ryglewski (sarah@jusos-bremen.de)

Unterbezirk Bremen-Stadt

www.bremer-jusos.de
Lena Weber (weber@jusos-bremen-stadt.de)

Unterbezirk Bremerhaven

Kevin Lenkeit (kevin.lenkeit@spd-bremerhaven.org)

Unterbezirk Bremen-Nord

www.jusos-bremen-nord.de
Raik Borsdorf (borsdorf@jusos-bremen-nord.de)

AStA für Alle (Uni Bremen)

www.asta-fuer-alle.info
Elena Reichwald (elena@asta-fuer-alle.info)

Juso Hochschulgruppe (HS Bremen)

www.jusoshsbremen.wordpress.com
Sherin Wanning (wanning@jusos-bremen-stadt.de)

Juso SchülerInnen

Sercan Alkaya (schueler@bremer-jusos.de)